

Blücher, Franz

Article — Digitized Version

Nochmals: Wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben des 3. Bundestages

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Blücher, Franz (1957) : Nochmals: Wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben des 3. Bundestages, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 11, pp. 609-610

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132553>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nochmals: Wirtschafts- und Sozialpolitische Aufgaben des 3. Bundestages

Zu der in unserem Oktoberheft geführten Diskussion ist uns eine Stellungnahme des Vizekanzlers im zweiten Kabinett, Dr. Franz Blücher, zugegangen, die wir unseren Lesern als abrundende Ergänzung nicht vorenthalten möchten, da sie die Abhängigkeit des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts von der Sanierung des Kapitalmarktes klar herausstellt.

Wenn ich zu einer „begründeten Rangordnung“ der Aufgaben auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, die für die nächste Zukunft anstehen, Stellung nehmen soll, so erscheint es mir notwendig, zunächst von unserer derzeitigen Außenhandelsituation auszugehen. Die Lösung der damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben führt nämlich zu einem der wichtigsten Probleme, die der nächste Bundestag zu lösen hat: die Sanierung des Kapitalmarktes in enger Verbindung mit einer verstärkten Eigentumbildung weiter Teile der Bevölkerung.

Den Kapitalmarkt funktionsfähiger machen!

Ein Patentrezept zu einer befriedigenden Sofortlösung unserer Außenhandels- und Zahlungsbilanzprobleme gibt es nicht. Die Rückzahlung von Auslandsschulden und die Käufe von Verteidigungsgütern im Ausland können wohl eine kurzfristige Erleichterung schaffen; das derzeitig vorhandene Ungleichgewicht kann damit aber nicht beseitigt werden. Wenn aus gewichtigen Gründen die Wechselkursrelationen nicht geändert werden und auch der rein restriktive Vorschlag einer Exportabgabe abgelehnt werden muß, so können langfristig gesehen nur der Kapitalexport und die Anregung einer Inlandskonjunktur über die Investitionsgüterindustrie helfen. Die Voraussetzungen für einen Kapitalexport und eine stärkere Belebung der Binnenkonjunktur sind aber nur dann gegeben, wenn der Kapitalmarkt funktionsfähig ist. Es wäre eine Illusion anzunehmen, daß Kapital auf privatwirtschaftlicher Basis aus einem Land mit relativ und absolut hohem Zinsniveau in ein Land mit niedrigem Zinsniveau exportiert werden kann. Die Binnenkonjunktur kann wohl durch eine Diskontsenkung angeregt werden; ein ausgeglichenes Wachstum ohne die Gefahr einer

inflationären Entwicklung und eines späteren Rückschlags ist aber nur dann gesichert, wenn die Investitionen langfristig über den Kapitalmarkt finanziert werden. Die Sanierung des Kapitalmarktes muß also im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Arbeit des 3. Bundestages stehen.

Dazu ist eine erste Vorarbeit zu leisten. Die noch in weiten Bereichen unseres Volkes anzutreffende negative Einstellung zum Kapital muß beseitigt werden. Um die aus der frühkapitalistischen Epoche stammenden, durch zwei Inflationen verstärkten Vorurteile auszuräumen zu können, muß man die Vermögensbildung wieder „ehrlich“ machen und gleichzeitig Vorsorge treffen, daß sich das gebildete Geldvermögen nicht entwertet. Aus einer solchen Aufgabenstellung ergibt es sich von selbst, daß der deutsche Kapitalmarkt nicht durch interventionistische Maßnahmen gefördert werden darf. Der Staat hat nur die äußeren Bedingungen zu setzen und den Rahmen zu gestalten, nicht aber unmittelbar in das Marktgeschehen einzugreifen. In technischer Hinsicht ist daher zunächst eine grundlegende Änderung des Steuersystems in Angriff zu nehmen. Da 1958 ohnehin zahlreiche Vergünstigungen auslaufen, empfiehlt es sich, zu diesem Zeitpunkt alle gezielten Förderungsmaßnahmen abzubauen. Gleichzeitig muß, um endlich zu einer Beseitigung der Diskriminierung der Aktie zu gelangen, die Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne drastisch gesenkt oder besser noch beseitigt werden. Mit Hilfe einer solchen Steuerpolitik würden die ausgeschütteten Gewinne erheblich zunehmen und die Finanzierung über den Kapitalmarkt zu Lasten der Selbstfinanzierung im notwendigen Umfang steigen. Neben der Senkung der Körperschaftsteuer müssen selbstverständlich die zirkulationshem-

menden Kapitalverkehrssteuern beseitigt werden. Ein großes Problem dürfte diese Beseitigung nicht darstellen, da diese Steuern nur ein relativ geringes Aufkommen haben.

Aktive Mittelstandspolitik

Mit Abbau oder Verminderung der Körperschaftsteuer wird die Wettbewerbslage zugunsten der Kapitalgesellschaften verändert. Dies widerspricht aber unserer Zielsetzung, unter allen Umständen eine weitere Schlechterstellung des Mittelstandes zu verhindern. Ein aktiver und ausreichend fundierter Mittelstand ist nicht nur für das Funktionieren der Wettbewerbsordnung und als Bildungsstätte für Führungskräfte wichtig, sondern er stellt auch das stärkste Gegengewicht gegen Vermassung und gegen eine weitere Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates dar.

Die Ertragssteuerbelastung der kleinen und mittleren Betriebe muß daher in dem Umfang gemindert werden, wie dies die Sicherung der Wettbewerbsgleichheit fordert. In diesem Zusammenhang kann man dann aber an einer grundlegenden Änderung des Umsatzsteuergesetzes nicht vorbeigehen. Die in ihm liegenden Verschiebungen der Wettbewerbsgleichheit sind nur solange erträglich gewesen, wie der Satz der Umsatzsteuer die ursprüngliche geringe Höhe hatte.

Selbstverantwortliche Eigenvorsorge im Sozialprogramm

In sozialpolitischer Hinsicht ist in den letzten Jahren mit der gesetzgeberischen Fundierung eines umfassenden Sozialprogramms begonnen worden. Dabei sollte vor allem die Beteiligung der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Menschen an unserem wirtschaftlichen Aufstieg gesichert werden, ohne die freiheitliche, selbstverantwortliche Eigenvorsorge etwa durch kollektive Hilfe abzulösen. Im Zusammenhang hiermit müssen auch die Probleme der durch die Währungsreform benachteiligten Privatrentner und der Altersversicherung des Mittelstandes gelöst werden. Ebenso wie für die Landwirte muß vor allem für die Hand-

werker und die Angehörigen der geistigen Berufe eine Regelung getroffen werden, bei der aber die Eigenverantwortung nicht ausgelöscht wird. Alle Probleme der Alterssicherung können mit Rücksicht auf die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit nicht an der Förderung des Gedankens vorbeigehen, gute Anreize für die Arbeit bis zum Eintritt der echten Alters- und Leistungsgrenze zu geben.

Neugestaltung des Krankenversicherungsrechts, bei dem frühzeitige, vorbeugende Heilmaßnahmen neben einer in allen Fällen ausreichenden und zweckdienlichen ärztlichen Betreuung im Vordergrund stehen müssen; Unfallversicherungsrecht (Unfallverhütung, Vorbeugung und Wiederherstellung); Neuordnung der Fürsorge; Umgestaltung des Kindergeldgesetzes; Abschlußgesetzgebung auf dem Gebiet des Kriegsschäden- und Kriegsfolgenrechts sind die sozialpolitischen Aufgaben des neuen Bundestages. In den vor uns liegenden vier Jahren muß unser sozialpolitisches Gesamtziel im wesentlichen erreicht werden: Schaffung eines neuzeitlichen und gerechten Sozialgefüges, Bildung einer auf der Familie aufbauenden sozialen Gemeinschaft und die Verwirklichung eines freiheitlich organisierten sozialen Staates.

Joachim Richter, Hamburg

Gegenwartsprobleme des deutschen Außenhandels

Als Folge der Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik wuchsen die Gold- und Devisenreserven bei der Deutschen Bundesbank beträchtlich. Sie erreichten am 30.10.1957 den Gegenwert von 24,37 Mrd. DM. Wie die Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit bestätigten, rückt nicht nur ein Schwinden, sondern auch ein rasches Wachstum der Devisenbestände verhängnisvolle wirtschaftliche Experimente in den Bereich des Möglichen. Unter den zahlreichen inzwischen gemachten Vorschlägen sind zwar kaum völlig unbrauchbare, wohl aber solche, die sich bei einer Verwirklichung als zu grobschlächtig erweisen würden. Derartige Radikalkuren versprechen auf den ersten Blick verblüffend einfache, schnell wirksame und sichere Lösungen. Dieser Scheinvorteil ist aber außerordentlich gefährlich, denn gegen unvorsichtige Eingriffe ist das eben erst wieder mit viel Mühe aufgebaute weltweite Netz der deutschen Außenhandels-

Weltraumfahrt in realistischer Sicht

Die Verwirklichung der Weltraumfahrt, die durch jüngste Experimente in greifbare Nähe gerückt ist, dürfte unbestritten als ein großer Erfolg im Geophysikalischen Jahr zu werten sein, ganz gleich welcher Nation die Wissenschaftler und Techniker angehören, denen die vorbereitenden Experimente gelungen sind. Die Wissenschaft als solche ist zumindest international, denn es ist kein entscheidendes Ergebnis wissenschaftlicher Forschung zu erwarten, das nicht auf den Erkenntnissen einer mehrtausendjährigen Menschheitsgeschichte in Orient und Okzident, aufgebaut ist. Insofern bietet die Wissenschaft wenig Raum für internationales Prestige.

Anders ist es mit der technischen Durchführung wissenschaftlich erarbeiteter Projekte. Beim heutigen Stand der Technik ist der Aufwand für Entwicklungseinrichtungen und Entwicklungsarbeiten so enorm, daß nur große Gemeinschaften, also Staaten, in der Lage sind, die benötigten Mittel aufzubringen, um große technische Projekte zu realisieren. Damit wird allerdings der technische Fortschritt zu einer staatlichen Angelegenheit und — leider — nur zu leicht zu einer nationalen Prestigefrage. Aber auch das wäre noch kein Grund, um einen psychischen Schock auszulösen, wenn ein Staat von einem anderen in einem Entwicklungsvorhaben überrundet wird.

Jeder Staat ist natürlich gezwungen, in der Förderung der Entwicklungsvorhaben eine Auswahl zu treffen, da auch seine Kräfte und Mittel begrenzt sind. Vielleicht ist es für die Menschheit verhängnisvoll, daß ein Staat dazu neigt, Entwicklungsvorhaben den Vorzug zu geben, die sein strategisches und militärisches Potential steigern könnten. Nur für solche Projekte ist man bereit, Kräfte und Mittel jeder Größenordnung bereitzustellen. Große Zweige der Wissenschaft leiden unter der Beschränkung der Mittel, die ihnen für ihre Entwicklungsarbeiten zur Verfügung stehen.

Es mag sein, daß es in der totalitären Sowjetunion leichter ist, massive Schwerpunktbildungen in ihrem Entwicklungsprogramm vorzunehmen und dadurch rascher zu punktuellen Erfolgen zu kommen als in demokratisch regierten Gemeinwesen. Vielleicht ist es dort auch leichter, Opfer zu erzwingen. Aber das ist nicht entscheidend. Der größere Reichtum der USA und die größere Freiheit der Initiative sollten diesen Vorsprung kompensieren können. Nicht der sowjetische Erfolg in der Weltraumforschung hat den psychischen Schock in den USA ausgelöst, sondern die daraus gewonnene Erkenntnis, daß eine Fernrakete mit beliebiger Sprengladung nach jedem Punkt der Erde gezielt werden kann. Die Ursache dafür, daß die USA hierin von den Sowjets überflügelt wurden, läßt eine strategische Fehlplanung vermuten. Mit einer Förderung wissenschaftlicher Erkenntnis hat das nichts zu tun. (sk)

verbindungen sehr empfindlich. Es bedarf vielmehr einer sorgfältigen Abwägung der Art und des Ausmaßes der zu ergreifenden Maßnahmen, weil wir es uns bei der Importabhängigkeit unserer Wirtschaft einfach nicht leisten können, den Außenhandel zu einem wirtschaftspolitischen Experimentierfeld zu machen.

Die Konformität der deutschen und britischen Währungspolitik

Der deutsche Außenhandel wurde daher von einer Sorge befreit, als die Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu Ende ging, ohne daß die vorher viel diskutierte, von manchen Kreisen erwartete und von manchen befürwortete Aufwertung der D-Mark empfohlen wurde. Wegen der sehr unterschiedlichen Währungsdisparitäten gegenüber den einzelnen Ländern hätte eine einseitige Aufwertung der D-Mark zwar einige Dis-